

(24) Die Intercontinental-Kette soll in China mehrere Hotels errichten

Die Intercontinental Hotel Corporation, eine Tochtergesellschaft der Pan American World Airways, hat mit dem Staatlichen Chinesischen Touristenbüro Luxingsne einen Vertrag über die Errichtung mehrerer Luxushotels unterzeichnet. In einer ersten Phase sollen fünf bis sechs Hotels mit je tausend Zimmern in Peking, Schanghai und Kanton sowie weiteren noch zu bestimmenden Städten entstehen. Der Investitionsaufwand wird auf rund 500 Mio.US\$ geschätzt. Hierfür sollen internationale Mittel eingeworben werden. Sämtliche Kredite werden durch die Bank of China garantiert. Die Intercontinental soll nach Fertigstellung der Bauten auch für das Management der Hotels sorgen und dabei am Gewinn beteiligt sein. Mit den meisten Bauarbeiten wird voraussichtlich die amerikanische Turner Construction Company beauftragt. China stellt Arbeitskräfte und Rohmaterialien, während die Einrichtungen weitgehend aus dem Ausland gekauft werden sollen.

Die Intercontinental-Gruppe, die gegenwärtig 81 Hotels in 48 Ländern, darunter auch in verschiedenen Ostblockstaaten, betreibt, hofft auf einen weiteren Ausbau dieses so kraftvoll eingeleiteten bilateralen Verhältnisses, das durch den internationalen Touristenboom noch gefördert wird (NZZ-Bericht aus New York, 12.11.78).

INNENPOLITIK

(25) Neuer Machtkampf

Seit dem 19. November 1978 mehrten sich Anzeichen, daß eine personelle Umbesetzung in den höchsten Führungspositionen der Partei und Regierung bevorstand. Im wesentlichen handelte es sich um mehr und mehr erfolgreiche Maßnahmen Teng Hsiao-p'ings, diejenigen Mitglieder in der neuen Führung, die seinerzeit mit der Linken Fraktion relativ reibungslos zusammengearbeitet hatten und sich auch nach dem Sturz der Schanghai-Fraktion weiterhin für die Kritik an Teng Hsiao-p'ing einsetzten, abzuservieren. Erste Anzeichen waren die Entfernung Wu Tes aus seinem Posten als Bürgermeister von Peking, ohne daß er jedoch zunächst seine Position im Politbüro verlor. Kurz darauf beschloß das Parteikomitee der Stadt Peking, den sogenannten T'ien-an-men-Zwischenfall, d.h. die Unruhen auf Pekings Paradeplatz im April 1976, die als spontane Trauer um den verstorbenen Ministerpräsidenten Chou En-lai unterdrückt wurden, als "vollständig revolutionär" zu bezeichnen. Im Anschluß an den Zwischenfall hatte mit einem Beschluß des Politbüros Teng Hsiao-p'ing alle seine Posten verloren, und Hua Kuo-feng war als stellvertretender Parteivorsitzender und Ministerpräsident eingesetzt worden (vgl. z.B. NYT, 19., 20., 21. und 22.11.78). Das Parteikomitee Wuhan hielt eine Kundgebung ab, in der dieser Beschluß des Peking Parteikomitees über den Zwischenfall unterstützt wurde. Teng Ken, Bruder von Teng Hsiao-p'ing, ist ein stellvertretender Vorsitzender des Parteikomitees Wuhan. Gleichzeitig tauchten verschiedene Wandzeitungen in Peking und anderen Städten auf, in denen in anderem Zusammenhang Mao Tse-tung persönlich wegen seiner Unterstützung für Chiang Ch'ing und die Linke Schanghai-

Fraktion angegriffen wurde. Mao war es gewesen, der im April 1976 mit seiner Zustimmung für die abermalige Entfernung Teng Hsiao-p'ings das Signal für den "einstimmigen" Beschluß des Politbüros zur Entfernung Teng Hsiao-p'ings gegeben hatte. Aufgrund seiner Meinungsäußerung hatten sich auch die Annahmer der Gemäßigten Fraktion diesem Verdikt notgedrungen anschließen müssen. Alle Zeichen deuteten darauf hin, daß auf einer wichtigen Parteitagung die Umkehrung der Resolution über Teng Hsiao-p'ing beschlossen werden würde, möglicherweise mit einem direkten oder indirekten Hinweis auf einen der "Fehler" Mao Tse-tungs, über die in der letzten Zeit in allgemeiner Weise bereits diskutiert worden war. Diese Debatte dürfte zu weiteren personellen Konsequenzen führen. Gerüchte hatten bereits berichtet, daß auch Ch'en Hsi-lien seinen Posten als Kommandeur des Militärbezirks Peking verloren habe, was von offizieller Seite aber dementiert worden war. Ein Artikel der Volkszeitung vom 20.11.78 polemisierte gegen "Chruschtschow", wobei möglicherweise Wang Tung-hsing, ein weiterer stellvertretender Parteivorsitzender und früherer Kommandeur der Leibgarde Mao Tse-tungs, gemeint war. Teng-nahe linke Hongkonger Zeitschriften hatten vorher bereits Wang Tung-hsing, der u.a. die Redaktion der "Roten Fanne", des theoretischen Parteiorgans, übernommen hatte, gewarnt, sich nicht der Diskussion über den Entmaoisierungsprozeß in dem Parteiorgan zu entziehen. Während überall in den Provinzen und vor allen Dingen innerhalb der Armee die Entmaoisierungsdebatte unter dem Zeichen des Teng-Wahlspruches "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" lief, erschien ein erster Artikel zu diesem Thema erst in der November-Nummer dieser Zeitschrift. Die Situation ist einigermaßen kompliziert für Hua Kuo-feng, da er seinerzeit von der Absetzung Tengs profitierte. Ein Sammelband mit Gedichten über den Tien-an-men-Zwischenfall, der in Peking augenblicklich in den Druck ging, wurde allerdings in letzter Minute mit einem kalligraphischen Titel von Hua versehen, Hinweis darauf, daß Teng Hsiao-p'ing keineswegs die Absicht hat, dem neuen Parteichef zumindest in dieser seiner Funktion ernsthaft Schwierigkeiten zu machen. Diese plötzliche Bewegung in der chinesischen innenpolitischen Szene war begleitet von einem unmißverständlichen Angriff auf die Kulturrevolution durch die Aburteilung führender Roter Garden und Aktivisten wie Nieh Yüan-tzu und Kuai Ta-fu. Weiterhin wurde erstmals Yao Wen-yüans Artikel gegen ein Theaterstück, der seinerzeit die Kulturrevolution auslöste, verurteilt. In einem Artikel T'ung Pi-wus, der von 1957 nachgedruckt wurde, hieß es schließlich unmißverständlich, daß die Zeit für Massenkampagnen zuende sei und an diese Stelle ein abgesichertes Rechtssystem zu treten habe.

(26) Neue Bewegung auf der innenpolitischen Szene

In der 2. Novemberhälfte kündigte neue Unruhe auf der innenpolitischen Szene Diskussionen innerhalb der Partei über das Ausmaß und die Methoden der Entmaoisierung, über die Bedeutung des sogenannten T'ien-an-men-Zwischenfalls von 1976, über die grundsätzliche Neuorientierung im sino-marxistischen Wertsystem und die neue nach außen gewendete Politik der Volksrepublik an. In den letzten zwei Monaten war die Entmaoisierungsdiskussion, die unter

dem Leitwort Teng Hsiao-p'ings "die Wahrheit in den Tatsachen suchen" figurierte, ins Zentrum der ideologischen Debatte gerückt. Damit hatte sich auch die sogenannte "dritte Schlacht" gegen die Linke Schanghai-Fraktion (Viererbande) von einer ideologischen Auseinandersetzung mit den Vorstellungen dieser Gruppe zu einer generellen Reorientierungsdebatte der Gesellschaft erweitert. Ein weiteres Element war die neuaufgelebte Anti-Lin-Piao-Diskussion, die der Mediendebatte einen abgeänderten Slogan-Titel gab: Nicht mehr gegen die Viererbande, sondern gegen "Lin Piao und die Viererbande" wurde angestrebt. Die "verbotenen Gebiete" (chin-ch'ü), d.h. Lin Piao's ideologische Vorstellungen, wurden in die Debatte einbezogen. Auch hier wieder die Parallele zu Mao; das Anstreben gegen die "Genie-Theorie" des Lin Piao wurde benutzt, um Mao auf eine menschliche Größe als "revolutionärer Führer" zurechtzustutzen. Ein Seitenzweig der Debatte kämpfte gegen Lin Piao's "Mystifizierung" Maos und den von Lin geprägten Mao-Kult an. Weitere Ziele der Debatte waren die Verdammung der Zitat-Manie sowie immer unverhüllter des Roten Buches, das in der Redaktion und Aufmachung der Kulturrevolution endgültig aus den Buchläden in Peking verschwand. Eine immer stärkere Polemik gegen "gewisse Kader" in der chinesischen Presse führte zu westlichen Spekulationen, daß der Vorsitzende Hua Kuo-feng selbst in die Schußlinie geraten sei oder zumindest andere Führungskader, die sich durch Zusammenarbeit mit der Linken Fraktion oder durch Beteiligung an dem T'ien-an-men-Zwischenfall aus der Sicht Teng Hsiao-p'ings kompromittiert hatten wie Wang Tung-hsing, Ch'en Hsi-lien, Chi Teng-kuei, Wu Te, Ni Chih-fu u.a. Die Spekulationen wurden durch neue Zeitschriften in Hongkong neben der etablierten "Die siebziger Jahre", wie die Monatszeitschrift "Cheng-ming" und "Tung-hsiang" genährt. In einem Artikel der KMJP (15.11.78) wurde der bekannte, die Kulturrevolution auslösende Artikel Yao Wen-yüans gegen Wu Han und sein Theaterstück "Hai Jui wird aus dem Beamtenstand entlassen" (gemeint war Peng Te-huai) als "reaktionäres Signal der faschistischen Diktatur" angegriffen. Ultralinke der ersten Stunde der Kulturrevolution wie Nieh Yüan-tzu wurden verhaftet und abgeurteilt, und die T'ien-an-men-Demonstration von rund 100.000 Personen auf Pekings Hauptplatz im April 1976 wurde als "vollständig revolutionär" reinterpretiert. Am 20.11. tauchten in Peking Wandzeitungen auf, die sich erneut mit dem T'ien-an-men-Zwischenfall beschäftigten. Es wurde jedoch bald klar, daß Hua Kuo-feng, der seinerzeit anstelle des von Chou vorgesehenen Teng Hsiao-p'ing zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, sich vor ernsthafter Kritik an seiner Person zu schützen verstand. Die Tatsache, daß Huas Stellung nicht durch die Wandzeitungskritik und die Umwertung des T'ien-an-men-Zwischenfalls berührt werden sollte, wurde der chinesischen Bevölkerung durch eine Meldung der chinesischen Presse klargemacht, die darauf hinwies, daß ein neues Buch mit Gedichten über die seinerzeitigen Demonstrationen als Titel eine Kalligraphie aus der Hand Huas tragen werde. Den ersten Schritt zur offiziellen Umwertung machte Pekings Parteikomitee. Weiter wurden rund 400 Personen, die seinerzeit verhaftet worden waren, freigelassen und rehabilitiert. Wu Teh hatte wegen solcher und anderer Kritik bereits vorher seinen Posten als Bürgermeister Pekings verloren, ohne allerdings seiner Stellung als Politbüromitglied verlustig zu gehen. Am 20.11. brachte die Volkszeitung erneut einen Artikel mit

drohender Sprache, der darauf hinwies, daß das Aufkommen eines "Chruschtschow in China" zu verhindern sei. Wandzeitungen vom 24.11. griffen erstmals Mao und Chiang Ch'ing direkt an. Japanische Reporter berichteten (NYT, 24.11.78), daß ein Jugendlicher, der für Mao vor solchen Wandzeitungen eingetreten sei, von der umstehenden Menge verprügelt worden sei. Neue Wandzeitungen stellten die Forderung nach mehr Demokratie in China in den Vordergrund. Schließlich erklärte Teng Hsiao-p'ing am 26.11. (NYT, 27.11.) in einem Gespräch mit einem japanischen Politiker, er stehe hinter den Wandzeitungen, wenn auch die Ansichten manchmal einseitig seien. Der Vorsitzende Mao sei zur Zeit der April-Entscheidungen über den Posten des Ministerpräsidenten und seiner Absetzung ernsthaft krank gewesen (und damit nicht mehr verantwortlich). Er stellte fest, es werde nach den innerparteilichen Diskussionen keine wichtigen Veränderungen in der Führung geben und verteidigte direkt Hua Kuo-feng. Am 27.11. gab es dann in Peking erstmals seit Jahren weitgehend spontane Massendemonstrationen, die Hua und Teng auf ihr Banner hoben und mehr Demokratie in der chinesischen Gesellschaft forderten. In einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten, R. Novak, erklärte Teng Hsiao-p'ing, Gerüchte um Hua seien grundlos, denn er sei mit Hua immer in Übereinstimmung gewesen; im übrigen habe er, Teng, das Angebot des Ministerpräsidenten vor achtzehn Monaten ausgeschlagen, um sich voll auf die Durchführung und Planung der neuen Politik konzentrieren zu können. Am 28.11. hielten die Demonstrationen für freie Rede in Peking an. Die Slogans der Umzüge der nächsten Tage stellten "Demokratie mit Disziplin" in den Mittelpunkt. In einem Interview mit dem Vorsitzenden der Komeito-Partei am 29.11. erklärte Teng erneut, daß er den Posten des Ministerpräsidenten ausgeschlagen habe. "Ich bin zu alt, und ich möchte noch lange weiterleben." Insgesamt also kein Grund für hochgespitzte Erwartungen auf sensationelle Veränderungen in Chinas Führungsspitze. China ist weiterhin damit beschäftigt, den Weg vom Geröll der Vergangenheit freizumachen und ideologisch wie in der konkreten Besetzung der mittleren und unteren Führungspositionen dem eingeschlagenen Kurs die Zukunft zu sichern.

(27) Rechtssystem: Abschied von der Massenlinie und Aufbau eines neuen Rechtssystems

Im vergangenen Jahr sind erhebliche Anstrengungen in der Volksrepublik unternommen worden, in Anknüpfung an Entwicklungen der späten fünfziger Jahre (vor dem Großen Sprung) ein verlässlicheres Rechtssystem aufzubauen. Eine symbolische Geste war die Veröffentlichung einer Rede Tung Pi-wus, des früheren Politbüromitglieds und Präsidenten des Obersten Volksgerichts auf dem 8. Parteitag 1957. Ende Oktober veröffentlichten die chinesischen Medien (NCNA, chin., 19.10.78 nach FBIS, 20.10.78) eine zweite Rede vom 18. März 1957 auf einer Konferenz der Generalstaatsanwälte von Militärgerichtshöfen und Militärrichtern. Diese Rede zeigt, wie sehr die Periode kurz vor dem Großen Sprung der eigentliche Anknüpfungspunkt für die heutige Führung ist. Wichtige, auf die jetzige Situation bezogene Passagen dieses Artikels sind die folgenden: "Die Aufräumarbeiten nach der Errichtung der Volksrepublik konn-

ten nicht anders als durch Massenkampagnen und Massenjustiz erledigt werden; in der Vergangenheit stützten wir uns auf Massenbewegungen, um die Hindernisse in der Entwicklung der Produktivkräfte zu beseitigen. Unter den historischen Bedingungen dieser Zeit war die Mobilisierung von Massenbewegungen vollständig notwendig, doch jetzt hat die Situation sich verändert." Deshalb müsse man das demokratische Rechtssystem ausbauen. Dann folgen beschreibende Passagen über die Details des Ausbaus und den Aufbau von Kademern im Bereich des Rechtswesens. Parallelen zum geschriebenen Gesetz unter der Tang-Zeit werden angesprochen. Die Konklusion heißt: Ein Staat ohne ein Rechtssystem kann überhaupt nicht Staat genannt werden. Wenn Beamte sich nicht an diese Gesetze halten, dann sind sie nur leeres Gerede und unwirksam. Der zweite Teil der Rede ist dem Ausbau des speziellen Rechtssystems innerhalb der Armee gewidmet, der Abhaltung von offenen und "beschlossenen" Gerichtsverhandlungen usw. Eine Redaktionsnotiz der Volkszeitung vom 19.10. zu diesem nachgedruckten Artikel bestätigt die Wichtigkeit dieser Überlegungen für den Aufbau eines wirksamen Rechtssystems in China und als Hilfsmittel für die Abwicklung der laufenden Kampagne gegen Lin Piao und die Viererbande. Eine weitere Verstärkung erhielten diese Bemühungen durch eine Ansprache des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Chiang Hua, auf Provinzversammlungen und Konferenzen über die Arbeit im Bereich des Rechtswesens (JMJP, 21.10.78). Hier wird besonders die Wichtigkeit eines unantastbaren korrekten Verfahrens bei den Tausenden von Rehabilitierungen, die im Augenblick weiterhin in China durchgeführt werden, betont. Die Befürchtungen der führenden Kader, letztlich werde man so seine Posten verlieren oder man gebe die Prinzipien der Kulturrevolution auf, werden ausgiebig diskutiert. Diese Rehabilitierungen sollen also so weit wie möglich auf einer Rechtsgrundlage und nicht als rein politische "Umkehrung von Urteilen" angesehen werden. Betont wird in dem Artikel besonders, daß "alle" Fälle untersucht werden müßten, die entsprechenden Rehabilitierungen durchzuführen seien und ohne solche Konsequenzen die laufende Kampagne gegen Lin Piao und die Viererbande wertloses Gerede sei. Die führenden Kader hätten ihre Befürchtungen zu überwinden, daß man ihnen später vorwerfen könnte, sie hätten üble Elemente beschützt, die Urteile gegen Konterrevolutionäre umgekehrt und damit die Kulturrevolution und die "militärische Kontrolle" unterlaufen. Auch in diesem Zusammenhang wird wieder die konventionelle Formel von den 30% Fehlern und 70% Erfolgen der Kulturrevolution gesprochen, wobei anscheinend heute eine Menge von Verirrungen und Fehlentwicklungen in diesen Freiraum von 30% hineingepreßt werden. Statt der faschistischen Methoden der Unterdrückung und der Erpressung von Geständnissen durch Zwang und Folter soll das zukünftige Ideal ein "revolutionärer Humanismus" sein. Das Kontingent der Kader im Bereich des Rechtswesens, das sehr gering und von mediokrer Qualität sei, habe schnellstens ausgebaut zu werden. Kader, die ihre gegenwärtigen Posten durch politischen Aktivismus und Beziehungen vor 1976 bekommen hätten, seien nicht geeignet für hohe Posten im Bereich des Rechtswesens. Diese als persönliche Meinung apostrophierte Zusammenfassung war ursprünglich in der Fachzeitschrift "Volksrechtswesen", Nr. 1, 1978, veröffentlicht worden.

(28) Stärkster Nachdruck auf weitere Rehabilitierungen

Die chinesischen Medien sind weiterhin voll von Berichten über Rehabilitierungen und "Umkehrung der alten Urteile" seit der Kulturrevolution. Es ist deutlich, daß die Führungsgruppe um Teng Hsiao-p'ing gegen alle Halbheiten in der Umwertung der Vergangenheit angeht und, wahrscheinlich mit Rücksicht darauf, daß der neueingeschlagene Kurs eine stabile Zukunft hat, jegliche zukünftige Gefährdung dieses Kurses durch die Ausschaltung von Personen garantieren möchte, die ihre Karriere der radikalen Politik des letzten Jahrzehntes in direkter oder mehr indirekter Weise verdienten. Eine Rede des Ersten Parteisekretärs von Liaoning gibt wichtige Hinweise in dieser Richtung (SWB, 3.11.78). Er drängte darauf, eine durchgreifende Säuberung auf allen Ebenen in der Provinz durchzuführen. Erwähnt werden sechs Kriterien für die Rehabilitierungen: Einmal müssen Personen und Kader voll und ganz rehabilitiert werden; zweitens müssen sie wieder in entsprechende Posten eingesetzt werden; drittens müssen Familie und Freunde von den negativen Folgen ihrer früheren Verurteilung in entsprechender Weise befreit werden; viertens müssen alle falschen Anschuldigungen beseitigt und widerlegt werden; fünftens müssen die Personen, die sie vorher verurteilten, entsprechend zur Rechenschaft gezogen werden, und sechstens muß die Linie von "Lin Piao und der Viererbande" (d.h. führende Politiker, die mit der Linken zusammenarbeiteten) entsprechend kritisiert werden.

(29) Liu Shao-ch'is Fall wird diskutiert

Nach Angaben des Hongkonger Korrespondenten von AFP (FBIS, 23.10.78) soll Chinas früherer Staatspräsident Liu Shao-ch'i, geboren 1898 und damit jetzt achtzig Jahre alt, im Gegensatz zu früheren Meldungen über seinen Tod noch leben. Die folgenden Angaben stützen sich auf Gespräche mit "verlässlichen Quellen" aus Peking. Gegenwärtig würden in Peking Studien unternommen, um die Rolle Lius festzulegen und seine Stellung in der Geschichte neu zu definieren. Das bedeute aber nicht, daß er rehabilitiert wird. Seine Gattin, Wang Kuang-mei, sei ebenfalls noch am Leben und könne sich frei bewegen, dürfe aber an keinen öffentlichen Auftritten teilnehmen. Der jüngste der drei Söhne von Liu, Liu Yun-chen, etwa dreißig Jahre alt, sei jüngst in die Peking-Universität aufgenommen worden. In den Medien wurde die Rolle Liu Shao-ch'is in der letzten Zeit wesentlich vorsichtiger und zurückhaltender behandelt. Erstens wurde er überhaupt weniger erwähnt und zweitens wurde auf den Kongressen der Gewerkschaften und der Jugendliga von den Verbrechen Lin Piaos und der Viererbande gesprochen, aber nur noch wenig von Fehlern Liu Shao-ch'is.

(30) Amtliche Bestätigung der Rehabilitierung von "Rechtsabweichlern" des Jahres 1957

In indirekter Weise hatte Peking bereits die umfangreichen Maßnahmen durchblicken lassen, die zu einer Rehabilitierung der sogenannten Rechtsabweichler nach der Hundert-Blumen-Kampagne geführt hatten (s. Artikel Helmut Martin, Rehabilitierung für Hunderttausende?, C.a. Juni 1978). In einem berichtenden Artikel und einem interpretierenden

Leitartikel vom 17.11.78 sind diese Maßnahmen nun offiziell bestätigt worden. Die Maßnahmen Maos zur Unterdrückung der Kritiker der Hundert-Blumen-Periode werden allerdings nicht für falsch erklärt, es seien lediglich Übertreibungen vorgekommen. Die jetzige hundertprozentige Rehabilitierung aller Betroffenen, die Wiederherstellung ihres Ansehens und die Wiedereinsetzung in frühere Positionen bzw. ähnliche Arbeitsplätze kommt dennoch einer Art genereller Amnestie gleich. Auch dies ist ein Schritt in der gewaltigen gesellschaftlichen Umwertung, die die Volksrepublik erfaßt hat, und die seit Oktober und November 1978 weit über den ursprünglichen Rahmen der ideologischen Kritik an der abgesetzten Linken Schanghai-Fraktion hinausgeht.

(31) Rehabilitierung für Ulanfu

Die Zeitschrift "Praxis", Nr.10, 1978 (nach FBIS, 14.11.78) brachte einen ausführlichen Artikel, der eine Art Rehabilitierung für den führenden Politiker der Inneren Mongolei, Ulanfu, darstellt. Der Artikel gibt die Wiederaufnahme von Untersuchungen im Fall Ulanfu im Zusammenhang mit der neuen Welle der Lin-Piao-Kritik wieder. Besonders wird auf die Untersuchungen gegen Ulanfu im Mai 1966, die zu seiner Verurteilung führten, eingegangen. Seine Gegner auf der lokalen Ebene werden für ihre Entstellungen kritisiert, ohne daß direkt Namen genannt würden.

(32) Über Chiang Ch'ing und den früheren Außenminister Chiao Kuan-hua

Die Hongkonger Zeitschrift Cheng-ming (FBIS, 3.11.78) hat in Nr. 13 vom November 1978 Einzelheiten über Maos Witwe Chiang Ch'ing und den früheren Außenminister veröffentlicht. Darin wird der Tod von Chiang Ch'ing als bloßes Gerücht von Hongkong hingestellt. Chiang Ch'ing soll in einem "Erster-Klasse-Gefängnis" im Kreis Huaijou, Peking, untergebracht sein. Sie zeige keine Reue. Man habe erst befürchtet, daß sie im Gefängnis Selbstmord begehen würde, sie sei aber nicht "eine Person, die freiwillig Selbstmord" begehe. Chiang Ch'ing sei vor kurzem in den Hungerstreik getreten, habe das aber nicht ausgehalten und habe wieder Nahrung zu sich genommen. Sie bekomme weiterhin ihr Gehalt und sie gebe pro Monat über 200 RMB aus, einschließlich der Kosten für Medizin. Die Volkszeitung habe viele Briefe erhalten, in denen die Leser forderten, daß Maos Gattin offen abgeurteilt werden müsse. Diese Möglichkeit bestehe allerdings nicht. "Es wäre sehr ungewöhnlich, wenn sie nicht geschlagen, gebissen, getreten und zu Tode stranguliert würde, sobald sie vor den Massen erscheine." Von Chiao Kuan-hua heißt es, er stehe unter Hausarrest und sei weiterhin wegen der laufenden Untersuchungen isoliert. Seine Frau Chang Han-chih sei im Außenministerium isoliert und könne nicht nach Hause zurückkehren. Chiao und Chang hätten sich auf die Seite der Vier und von Maos Gattin gestellt. Es werde jedoch berichtet, daß es keine Beweise dafür gebe, daß Chiao Kuan-hua organisatorische Bindungen an die Viererbande gehabt habe; deshalb stehe er nur unter Hausarrest und sei nicht im Gefängnis. Eine solche Darstellung läßt also eine spätere Rehabilitierung von Chiao Kuan-hua in einigen Jahren durchaus als möglich erscheinen.

(33) Die Schanghai-Fraktion und die alten Generäle

Die Rote Fahne veröffentlichte in der Oktober-Nummer (S. 38-46) einen Artikel mit interessanten Einzelheiten über die Art und Weise, wie die Schanghai-Fraktion während der letzten Zeit vor ihrem Sturz die alten Kader in der Volksbefreiungsarmee systematisch bedrängte und wie solche Attacken auch in verhüllter Form in der Presse sowie auch in der Roten Fahne abgewickelt wurden. Einmal mehr erhalten wir hier eine Entzifferung einer Reihe von Artikeln aus der Zeit vor dem Oktober 1976 und sehen die eigentlichen Ziele mancher recht abstrakter und nebulöser Angriffe in den Medien jener Zeit deutlicher.

(34) Beendigung des Gewerkschaftskongresses

Ende Oktober ging der 9. Nationale Gewerkschaftskongreß zuende, dessen Resultate noch einmal in einem Leitartikel der Volkszeitung vom 22.10.78 zusammengefaßt wurden. Wichtige Dokumente des Kongresses waren das neue Statut der Gewerkschaften (engl. Übersetzung in SWB, 25.10.78 nach NCNA, chin., 21.10.78) sowie der Bericht des Politbüromitgliedes und Vorsitzenden des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes Ni Chih-fu (engl. in SWB, 21.10.78).

(35) Fachgewerkschaften werden wieder zugelassen

Als erste Industriegewerkschaft, organisiert nach fachlichen Gesichtspunkten, hat sich die chinesische Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaft rekonstituiert, die 2,4 Mio. Mitglieder zählt und zwölf Jahre lang nicht mehr aktiv sein konnte (NCNA, 8.11.78). Der 8. Nationale Kongreß dieser Gewerkschaft wurde am 8. November abgeschlossen. Der offizielle Name ist "Allchinesische Föderation der Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaften".

(36) Abschluß des Kongresses der Chinesischen Jugendliga

Ende Oktober ging der 10. Kongreß der Chinesischen Jugendliga zuende, der ein neues Statut der Jugendliga festlegte, ein Zentralkomitee wählte und Han Ying zum Ersten Sekretär dieses ZKs bestimmte. Der 43 Jahre alte Han Ying arbeitete in den sechziger Jahren als Ingenieur und wurde dann Direktor eines Bergwerks in Shansi. Seit dem 10. und 11. Parteitag war er Mitglied des ZKs, 1973 wurde er Provinzpartei sekretär in Shansi. Sein Bericht zum Jugendliga-Kongreß ging kurz auf die bewegte Geschichte in der Vergangenheit ein (SWB, 31.10.78 nach NCNA, 23.10.78). Ein Leitartikel der Volkszeitung (JMJP, 27.10.78) ging ebenfalls auf die Geschichte der Jugendliga ein und auf ihre Bedeutung für "170 Millionen Jugendliche in China". Besonders wurde Chang Tieh-sheng verurteilt, der frühere "Modell-Jugendliche", der Gegenstand einer Kampagne der Linken gewesen war. Aufgaben der Chinesischen Jugendliga, die Han Ying betonte, waren die Anhebung des Ausbildungsniveaus in den ländlichen Gegenden durch den Besuch der unteren Mittelschule für die über 100 Mio. Jugendlichen auf dem Lande. Die 13 Mio. Industriearbeiter sollten nach fünfjähriger Ausbildung

während der Freizeit und an den Abenden das Niveau von Absolventen der Oberen Stufe der Mittelschule erreichen.

(37) Massenorganisation: Chinesische Junge Pioniere

Für die Massenorganisation der chinesischen Jungen Pioniere, die der chinesischen Jugendliga unterstellt ist, ist ein neues 14-Punkte-Statut verabschiedet worden (NCNA, 28.10.78). Nach dem neuen Statut können Angehörige der Chinesischen Jungen Pioniere, einer Organisation, die von den Roten Garden in der Kulturrevolution verdrängt wurde, im Alter von sieben bis vierzehn Jahren Mitglieder sein; vorher hatte die Definition neun bis fünfzehn Jahre geheißen.

(38) Bestrafung für korrupte Kader gefordert

Der Fall der Provinz Honan und des zweiten Sekretärs des Parteikomitees, Wang Wei-chun, wurde in der gesamten Volksrepublik als negativer Modellfall diskutiert. Das Parteikomitee war vor Oktober 1976 in den Mißbrauch staatlicher Investitionen verwickelt. So waren allein 1976 insgesamt in der Provinz Honan rund 3,6 Mrd. Yuan zu Lasten vorgesehener Schlüsselprojekte des Staatsplans für tausend nicht genehmigte Projekte verwandt worden. Wang Wei-chun setzte diesen Mißbrauch trotz mehrmaliger Mahnungen auch nach dem Sturz der Vier weiter fort. So ließ er 1977 577 nicht genehmigte Projekte beginnen, für die große Geldmittel und Bodenflächen von den Volkskommunen requiriert wurden, ohne daß eine Kompensation in Aussicht gestellt wurde. Diese Haltung der Provinz hätte zu einem ähnlichen Verhalten auf den unteren Ebenen geführt. So hätte allein der Kreis Kung insgesamt 53 Mio. Yuan an Steuern einbehalten, um 43 Personenautos zu kaufen, Repräsentationsgebäude zu bauen und Bankette zu geben (SWB, 16. Nov. 1978).

(39) Rückgabe von Häusern an die Privatbesitzer

In der für Ausländer nicht zugänglichen "Pekinger Tageszeitung" (nach NCNA, 1.11.78; SWB, 7.11. und 11.11.78) sind Regierungseinheiten, Parteieinheiten und Führungskader nachdrücklich aufgefordert worden, die während der Kulturrevolution enteigneten Häuser und Gebäude von Privatpersonen so schnell wie möglich an ihre ursprünglichen Besitzer zurückzugeben. Von den 7000 Häusern wurden im Oktober nach einem Beschluß der Stadtregierung Peking 343 zurückgegeben, so daß die Pekinger Zeitung hiermit diesen Appell für eine schnellere Rückgabe allgemein bekanntgemacht hat. Die Politik bezieht sich allerdings nur auf solche Häuser, die vorher von den Besitzern selbst bewohnt waren. In dem Artikel werden besonders führende Kader gewarnt: "Besonders einige führende Kader ignorieren die Staatsgesetze, die Parteipolitik und die Interessen der Massen und zögern, die besetzten Häuser freizugeben." Nicht zuletzt werden diese Maßnahmen mit der Bezugnahme auf die Verfassung, die den Privatbesitz schützt, gerechtfertigt. Einerseits dürften solche Maßnahmen in der Bevölkerung außerordentlich populär sein, andererseits dürften sie mit der Kritik an Wu

Te verknüpft sein, den Teng aus seinem Posten als Bürgermeister Pekings u.a. wegen des Vorwurfs der schlechten Amtsführung entfernen ließ, obgleich auch dem politischen Beobachter in China klar sein mußte, daß Wu damit in erster Linie für seine begrenzte Zusammenarbeit mit der Linken Fraktion und sein Vorgehen gegen Teng Hsiao-p'ing nach dem Sturz der Linken zu büßen hatte.

(40) Gesundheitsfürsorge für Arbeiter

In China sind Arztkosten für Arbeiter frei; der Staat trägt auch die Kosten für Medikamente und Krankenhausaufenthalt. Ihre Familienangehörigen brauchen für entsprechende Kosten nur die Hälfte zu zahlen, während die andere Hälfte aus dem Arbeiterversicherungs fonds des jeweiligen Betriebes gezahlt wird. Im Krankheitsfall erhalten Arbeiter in den ersten sechs Monaten ihren vollen Lohn, danach steht ihnen entsprechend ihren Berufsjahren mindestens 60% des vollen Lohns zu.

In Peking gibt es insgesamt 1,1 Mio. Arbeiter. Ihnen stehen 1.350 Betriebskliniken oder -krankenhäuser mit 15.000 medizinischen Kräften und 5.000 Betten zur Verfügung. Einige der größeren Betriebe unterhalten recht gut ausgerüstete Kliniken und Krankenhäuser. Die Kohlenbergwerk-Verwaltung am Stadtrand von Peking z.B. besitzt ein zentrales Arbeiterkrankenhaus mit über 600 medizinischen Kräften und 500 Betten. Zusätzlich unterhält jedes der neun Pekinger Kohlenbergwerke eine eigene Klinik und eigene Gesundheitszentren. Außen dem vollberuflichen medizinischen Personal gibt es in den Betrieben sog. "Arbeiterärzte", die - entsprechend den "Barfußärzten" auf dem Lande - Arbeiter und gleichzeitig Sanitäter sind. (NCNA, 14.11.1978)

(41) Teng Hsiao-p'ing 74 Jahre alt

Bei der Abwicklung der Visumformalitäten anläßlich des Besuchs von Teng Hsiao-p'ing in Japan wurde bekannt, daß Teng Hsiao-p'ing 74 Jahre alt ist und am 22. August 1904 geboren wurde (Kyodo, 20.10.78). Genauere Angaben fehlten bisher.

(42) 20. Jahrestag der Gründung des Autonomen Gebietes Ninghsia Hui

Aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung der Autonomen Region am 25.10.58 widmeten die chinesischen Medien diesem Ereignis und dieser Region erhebliche Aufmerksamkeit (vgl. z.B. NCNA, chin., 19.10.78 nach SWB, 28.10.78; mehrere Berichte und die Reden von Führungskadern, SWB, 2.11.78). Allgemein klingt eine größere Flexibilität in der Berücksichtigung von Besonderheiten der Minderheitengebiete an. Eine Delegation der Zentralregierung wurde in die Region abgeordnet, angeführt von Ulanfu, Mitglied des Politbüros des ZK.

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG

KUNST UND MASSEN MEDIEN

(43) Arbeiterleichterung für Wissenschaftler

Mehrere Berichte berühren den nationalen und